Landtag von Baden-Württemberg

17. Wahlperiode

Drucksache 17 / 9528 25.9.2025

Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD

und

Antwort

des Ministeriums der Justiz und für Migration

Bewerberlage und Wartezeiten im juristischen Vorbereitungsdienst

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

- 1. Wie viele Bewerberinnen und Bewerber gab es seit 2020 jährlich in Baden-Württemberg für den juristischen Vorbereitungsdienst und wie viele Stellen standen jeweils zur Verfügung (bitte unterteilt nach Einstellungstermin und Oberlandesgerichtsbezirk)?
- 2. Wie hat sich die durchschnittliche Wartezeit für Bewerberinnen und Bewerber für den juristischen Vorbereitungsdienst in Baden-Württemberg seit 2020 im Hinblick auf den von den Bewerberinnen und Bewerbern intendierten Einstellungstermin jährlich entwickelt (bitte unterteilt nach Oberlandesgerichtsbezirk)?
- 3. Welche Wartezeit ergab sich jeweils für Bewerberinnen und Bewerber nach Frage 1 mit einem Notenprofil von bis zu 6,5 Punkten, bis zu 9,0 Punkten und bis zu 11,5 Punkten im ersten Staatsexamen?
- 4. Welche Wartezeit wird aktuell neuen Bewerberinnen und Bewerbern prognostiziert und wie wird diese den Bewerberinnen und Bewerbern kommuniziert?
- 5. Wie viel Prozent der Bewerberinnen und Bewerber haben seit 2020 ein Angebot auf Aufnahme in den juristischen Vorbereitungsdienst in dem bei der Bewerbung favorisierten Ausbildungsbezirk bzw. Ausbildungsgericht erhalten (bitte unterteilt nach Einstellungstermin und Oberlandesgerichtsbezirk)?

25.9.2025

Dr. Weirauch SPD

Begründung

Die Kleine Anfrage dient der Bestandsaufnahme zur Entwicklung der Bewerberlage sowie der Wartezeiten im juristischen Vorbereitungsdienst.

Antwort

Mit Schreiben vom 20. Oktober 2025 Nr. JUMRVI-JUM-2220-102/6/2 beantwortet das Ministerium der Justiz und für Migration die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Bewerberinnen und Bewerber gab es seit 2020 jährlich in Baden-Württemberg für den juristischen Vorbereitungsdienst und wie viele Stellen standen jeweils zur Verfügung (bitte unterteilt nach Einstellungstermin und Oberlandesgerichtsbezirk)?

Zu 1.:

In Baden-Württemberg stehen nach dem Staatshaushaltsplan seit dem Jahr 2020 jährlich 2 060 Stellen für Rechtsreferendarinnen und -referendare in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis zur Verfügung. Davon entfallen auf den Bezirk des Oberlandesgerichts Karlsruhe 1 092 Stellen und auf den Bezirk des Oberlandesgerichts Stuttgart 968 Stellen.

Die Anzahl der Bewerbungen in den Bezirken der Oberlandesgerichte Karlsruhe und Stuttgart zum Tag des jeweiligen Bewerbungsschlusses (30. November bzw. 31. Mai) kann *Tabelle 1* entnommen werden.

Kampagne	F 2020	H 2020	F 2021	H 2021	F 2022	H 2022	F 2023	H 2023	F 2024	H 2024	F 2025	H 2025
Anzahl OLG Karlsruhe	306	433	343	379	297	353	293	331	302	328	332	324
Anzahl OLG Stuttgart	238	290	218	243	216	232	204	272	236	245	216	247

Tabelle 1: Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber zum Bewerbungsschluss (30. November bzw. 31. Mai)

Diese Zahlen sind nach Ablauf der Bewerbungsfrist jedoch noch Änderungen unterworfen. Grund dafür sind Rücknahmen der Bewerbungen, das Nichtbestehen der Ersten juristischen Prüfung oder der Wechsel in den anderen Oberlandesgerichtsbezirk.

- 2. Wie hat sich die durchschnittliche Wartezeit für Bewerberinnen und Bewerber für den juristischen Vorbereitungsdienst in Baden-Württemberg seit 2020 im Hinblick auf den von den Bewerberinnen und Bewerbern intendierten Einstellungstermin jährlich entwickelt (bitte unterteilt nach Oberlandesgerichtsbezirk)?
- 3. Welche Wartezeit ergab sich jeweils für Bewerberinnen und Bewerber nach Frage 1 mit einem Notenprofil von bis zu 6,5 Punkten, bis zu 9,0 Punkten und bis zu 11,5 Punkten im ersten Staatsexamen?

4. Welche Wartezeit wird aktuell neuen Bewerberinnen und Bewerbern prognostiziert und wie wird diese den Bewerberinnen und Bewerbern kommuniziert?

Zu 2. bis 4.:

Die Fragen 2 bis 4 werden aufgrund Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Derzeit kann nach Ausscheiden derjenigen Bewerberinnen und Bewerber, die ihr Angebot zurückziehen oder die Erste juristische Prüfung nicht bestanden haben, allen verbleibenden Bewerberinnen und Bewerbern ein Platzangebot unterbreitet werden. Wartelisten gibt es in Baden-Württemberg daher nicht, d. h. weder im Bezirk des Oberlandesgerichts Karlsruhe noch im Bezirk des Oberlandesgerichts Stuttgart.

5. Wie viel Prozent der Bewerberinnen und Bewerber haben seit 2020 ein Angebot auf Aufnahme in den juristischen Vorbereitungsdienst in dem bei der Bewerbung favorisierten Ausbildungsbezirk bzw. Ausbildungsgericht erhalten (bitte unterteilt nach Einstellungstermin und Oberlandesgerichtsbezirk)?

Der Anteil der Bewerberinnen und Bewerber, die seit dem Jahr 2020 ein Angebot für den favorisierten Ausbildungsbezirk bekommen haben, kann *Tabelle 2* entnommen werden.

Tabelle 2: Anteil der Bewerberinnen und Bewerber, die ein Platzangebot für den favorisierten Ausbildungsbezirk bekommen haben

Kampagne	F 2020	H 2020	F 2021	H 2021	F 2022	H 2022	F 2023	H 2023	F 2024	H 2024	F 2025	H 2025
OLG KA, Anteil in %	70	56	68	66	73	66	75	73	77	70	72	68
OLG S, Anteil in %	82	88	76	75	77	76	79	82	81	89	93	80

Den Angaben liegen die im Bewerbungsverfahren verbliebenen Bewerberinnen und Bewerber nach Abzug derjenigen Bewerberinnen und Bewerber zugrunde, die die Erste juristische Prüfung nicht bestanden haben.

Im Bezirk des Oberlandesgerichts Stuttgart konnte Bewerberinnen und Bewerbern im Betrachtungszeitraum grundsätzlich an allen Gerichten mit Ausnahme der Bezirke Stuttgart, Tübingen und Ulm ein Angebot im favorisierten Ausbildungsbezirk gemacht werden.

Im Bezirk des Oberlandesgerichts Karlsruhe kann etwas weniger häufig als im Bezirk des Oberlandesgerichts Stuttgart ein Angebot für den favorisierten Ausbildungsbezirk gemacht werden. Dies liegt daran, dass es in Baden Ausbildungsbezirke an vier Universitätsstandorten (Freiburg, Heidelberg, Konstanz, Mannheim) gibt, für die sich besonders viele angehende Referendarinnen und Referendare bewerben. Außerdem gibt es regelmäßig auch in Karlsruhe und in Offenburg mehr Bewerberinnen und Bewerber als Ausbildungsplätze.

Gentges

Ministerin der Justiz und für Migration